

# EINWURF

ZUKUNFT DER DEMOKRATIE 1 | 2013



## Ziemlich unpolitische Freunde – wer in Deutschland warum nicht mehr wählt

### Autoren



**Prof. Dr. Robert Vehrkamp**  
robert.vehrkamp  
@bertelsmann-stiftung.de  
Tel. (05241) 81-8 15 26



**Dr. Dominik Hierlemann**  
dominik.hierlemann  
@bertelsmann-stiftung.de  
Tel. (05241) 81-8 15 37

Ob jemand wählt, hängt davon ab, wo man wohnt, welche Freunde man hat, und ob in der Familie über Politik gesprochen wurde. Der typische Nichtwähler sieht Wählen nicht als Bürgerpflicht, wohnt in sozialen Brennpunkten, ist jung und so unpolitisch wie sein Umfeld. Die protestierende „Partei der Nichtwähler“ ist ein Mythos: Nicht Demokratieverdrossenheit, sondern politische Gleichgültigkeit erklärt, warum sich einkommens- und bildungsschwache Schichten weniger beteiligen. Deutschland wird zu einer sozial gespaltenen Demokratie.

## Die „Partei der Nichtwähler“ – ein populärer Mythos!

In fast allen westlichen Demokratien sinkt die Wahlbeteiligung – zum Teil dramatisch. Auch in Deutschland hat die Wahlbeteiligung mit nur noch 70,8 Prozent bei der vergangenen Bundestagswahl einen historischen Tiefstand erreicht. Noch Anfang der 1970er Jahre gingen mehr als 90 Prozent der Deutschen zur Wahl. Wie hoch die Wahlbeteiligung am 22. September bei der Bundestagswahl ausfallen wird und ob sie gar weiter abnimmt, kann heute nicht vorhergesagt werden. Auch politische Partizipation und Wahlbeteiligung unterliegen konjunkturellen Schwankungen. Viel spricht jedoch dafür, dass in Deutschland die Wahlbeteiligung in den kommenden Jahrzehnten weiter sinken wird.

Die weit verbreitete Vorstellung von den unzufriedenen Nichtwählern, die aus Protest und Demokratieverdrossenheit ihre Stimme verweigern, erweist sich als Mythos. Dabei klingt die Geschichte so plausibel: Mit steigender Parteien- und Politikerverdrossenheit wenden sich viele Menschen von der Demokratie ab. Aus Politikverdrossenheit wächst eine allgemeine Demokratieverdrossenheit,

die aus Frust und Protest zu massenhafter Wahlverweigerung führt. Die Protestpartei der Nichtwähler wird zur stärksten Partei, ist aber in den Parlamenten nicht vertreten. So die „Storyline“ dieser Erzählung.

Doch schon die Metapher einer „Partei der Nichtwähler“ führt in die Irre. Die Nichtwähler sind kein homogener Block heroisch protestieren-

der Wahlverweigerer. Die Deutschen sind noch nicht einmal wirklich unzufrieden mit ihrer Demokratie. Im Gegenteil: Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 sind 82 Prozent der Wahlberechtigten damit einigermaßen oder sehr zufrieden. Nur elf Prozent sind nicht zufrieden. Zwar sind unter den Nichtwählern etwas mehr Unzufriedene, doch die Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit können die wachsende Wahlverweigerung nicht erklären, auch nicht in den ostdeutschen Bundesländern, wo sich noch 2003 lediglich 47 Prozent der Wahlbürger mit ihrer Demokratie zufrieden zeigten. Inzwischen ist auch dort der Anteil der Zufriedenen auf nunmehr 74 Prozent angestiegen und liegt damit nur noch geringfügig unterhalb der Zufriedenheitswerte in Westdeutschland.

## Nichtwähler – die unbekanntes Wesen?

Wer aber sind die Nichtwähler in Deutschland? Wovon ist es abhängig, ob ein Wahlberechtigter sein Wahlrecht wirklich nutzt? Unstrittig ist inzwischen, was Forscher die „soziale Selektivität“ der Wählerschaft nennen. Das Wahlverhalten differenziert sich nach Einkommensklasse, Bildungshintergrund und Schicht-

---

„Das demokratische Versprechen der Gleichheit aller bleibt uneingelöst, weil ein Teil der Gesellschaft sein Wahlrecht verschenkt.“

---

### Quellenverweis

Alle im Text erwähnten Zahlen finden sich im Detail in der aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung und des Instituts für Demoskopie Allensbach: Petersen, Hierle- mann, Vehrkamp, Wratil (2013): Gespaltene Demokratie – Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013.

zugehörigkeit. Nach wie vor relativ hoch liegt die Wahlbeteiligung bei den Besserverdienenden, den gut Ausgebildeten mit Abitur und Studium, die sich auch selbst der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht zurechnen. Dramatisch geringer ist die Wahlbeteiligung bei Geringverdienern mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, die sich selbst der unteren Schicht der Gesellschaft zurechnen.

Bereits nach der letzten Bundestagswahl 2009 haben aus dem untersten Einkommensfünftel nur noch 76 Prozent gesagt, sie hätten sich an der Wahl beteiligt - 1972 lag dieser Wert noch bei 92 Prozent. In der obersten Einkommensschicht lag dieser Wert auch 2009 noch bei 95 Prozent - nach 97 Prozent im Jahr 1972. Die soziale Spaltung in der Wahlbeteiligung hat sich damit

von lediglich fünf Prozentpunkten im Jahr 1972 bis zur Bundestagswahl 2009 nahezu vervierfacht. Das gleiche Muster wie bei den Einkommensgruppen zeigt sich auch bei den Bildungsabschlüssen und der Schichtzugehörigkeit. Auf ihr Wahlrecht verzichten vor allem die Einkommens- und Bildungsschwachen. Wenige Monate vor der Bundestagswahl scheint sich dieser Trend noch einmal zu verfestigen: Während von den Wahlberechtigten der Mittel- und Oberschicht schon

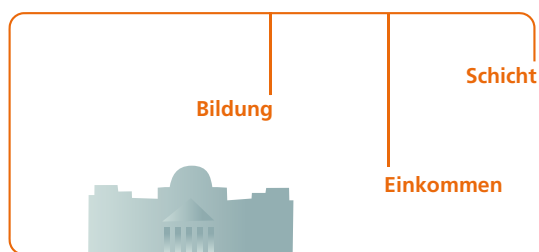
jetzt 68 Prozent sicher zur Wahl gehen werden, sagen dies aus der unteren Schicht nur 31 Prozent, eine Differenz in Höhe von fast 40 Prozent!

Der typische Nichtwähler in Deutschland ist damit kein unbekanntes Wesen, er ist kein lauter Nichtwähler aus Protest und auch kein Demokratieverdrossener, vor allem aber ist er kein intellektuell bekennender Wahlboykotteur. Der typische Nichtwähler ist Geringverdiener, bildungsschwach, wohnt häufig in sozialen Brennpunkten und ist nach gängigen sozio-ökonomischen Kriterien Angehöriger der sogenannten Unterschicht.

Die Diagnose fällt erstaunlich eindeutig aus: Die Wahlbeteiligung in Deutschland sinkt vor allem deshalb, weil sich die Unterschicht aus der aktiven Teilhabe an der Demokratie verabschiedet. Deutschland ist längst auf dem Weg in eine sozial gespaltene Demokratie. Die politische Ungleichheit wächst, die Inklusion bricht. Das demokratische Versprechen der Gleichheit aller bleibt uneingelöst, weil ein Teil der Gesellschaft sein Wahlrecht verschenkt.

Noch krasser spiegelt sich diese soziale Kluft in alternativen demokratischen Beteiligungsformen. Alle bekannten Formen direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung sind sozial noch wesentlich selektiver als der Wahlakt. Wer nicht wählt, beteiligt sich typischerweise auch nicht an Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen. Er geht auch nicht als Demonstrant auf die Straße. Je geringer die Wahlwahrscheinlichkeit, umso geringer ist auch das sonstige

## WAHLVERHALTEN DIFFERENZIIERT SICH NACH



### Info

Die Wahlbeteiligung wird sich auch 2013 nach Bildung, Einkommen und Schicht stark differenzieren: Von den Wahlberechtigten mit Hochschulreife/ Studium sagen schon heute 68 Prozent, dass sie bei der Bundestagswahl bestimmt wählen, aber nur 50 Prozent mit Hauptschulabschluss. Während 71 Prozent der obersten Einkommensschicht bestimmt wählen, trifft dies auf nur 49 Prozent der untersten Einkommensschicht zu. Die größte Differenz ist bei der Schicht: 68 Prozent der oberen Schicht wollen sicher wählen, gegenüber nur 31 Prozent der unteren Schicht.



## Zur Person

Paul Nolte, geb. 1963, ist Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Als Historiker beschäftigt er sich mit grundsätzlichen Fragen und aktuellen Problemen der Demokratie. Der EINWURF hat ihn zur These der sozial gespaltenen Demokratie befragt.



politische Engagement. Viel spricht also dafür, dass alternative Formen politischer Partizipation die soziale Spaltung nicht nivellieren, sondern sogar verschärfen.

Was sind die Gründe dafür, was treibt die sich verschärfende soziale Spaltung unserer Demokratie? Zwei Erklärungsansätze bieten sich an: Zum einen die zunehmende soziale Ungleichheit in Deutschland. Die sozial schwachen Schichten verabschieden sich aus der demokrati-

schen Teilhabe, weil die Demokratie ihr Gleichheitsversprechen nicht (mehr) einlöst. Soziale Ungleichheit schadet dann der Demokratie. Die gefühlte und/oder die tatsächlich steigende soziale Ungleichheit demobilisiert die unteren Schichten.

Ein anderer Erklärungsstrang fokussiert den Werte- und Einstellungswandel, insbesondere der sozial Schwächeren. Demokratische Teilhabe wird nicht mehr als Bürgerpflicht empfunden. Vor allem in den unteren Schichten dominiert Apathie und Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie.

Fügt man beide Ansätze zusammen, ergibt sich ein plausibles Bild: Die zunehmende gefühlte und tatsächliche soziale Ungleichheit wirkt politisch demobilisierend, weil der Einstellungs- und Wertewandel die soziale Spaltung nicht in Protest und politische Mobilisierung, sondern in Gleichgültigkeit und Apathie übersetzt. Die Kräfte, die historisch die Demokratie getrieben haben, stellen sie heute in Frage. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Demokratie die Antwort auf die soziale Frage. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird die neue soziale Frage zu einer ihrer größten Herausforderungen.

## Das soziale Umfeld bestimmt, ob jemand wählt

Dass sich Wertewandel und soziale Spaltung gegenseitig verstärken, zeigt schon der große Einfluss, den das persönliche und soziale Umfeld auf die Wahrscheinlichkeit der eigenen Wahlbeteiligung hat.

Versucht man die Wahrscheinlichkeit zu bestimmen, mit der ein durchschnittlicher Wahlberechtigter sein Wahlrecht tatsächlich wahrnimmt, zeigen sich persönliche und soziale Umfeldfaktoren als dominante Erklärungsvariablen. Ob jemand wählt, hängt vor allem von seiner politischen Sozialisation im Elternhaus, im Freundeskreis und in seinem sonstigen sozialen Umfeld ab:

- Ein durchschnittlicher Wahlberechtigter geht in Deutschland mit einer Wahrscheinlichkeit von 77 Prozent bestimmt zur Wahl, wenn er annimmt, dass

auch in seinem Freundeskreis die meisten wählen. Seine Wahlwahrscheinlichkeit sinkt dramatisch um fast 60 Prozentpunkte auf nur noch 19 Prozent, wenn er annimmt, dass auch in seinem Freundeskreis die meisten ihr Stimmrecht ungenutzt lassen.

- Wurde im Elternhaus sehr oft über Politik gesprochen, liegt die Wahrscheinlichkeit der eigenen Wahlbeteiligung bei 91 Prozent. Wurde im Elternhaus kaum oder gar nicht über Politik gesprochen, sinkt die Wahlwahrscheinlichkeit auf 55 Prozent.
- Sieht jemand sein Wahlrecht als demokratische Bürgerpflicht, liegt seine Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe bei 74 Prozent, während sie auf lediglich 39 Prozent sinkt, wenn man das nicht so sieht.

Differenziert man diese Determinanten der Wahlwahrscheinlichkeit nach sozio-ökonomischer Schichtzugehörigkeit, dann zeigt sich, warum die Wahlbeteiligung vor allem der sozial Schwachen so drastisch sinkt: Weil sich Menschen aus den unteren Schichten eher in Freundeskreisen bewegen, in denen nur eine Minderheit wählen geht, sie im Elternhaus weniger politisch sozialisiert wurden, und sie selbst, wie ihr Umfeld, das Wahlrecht immer weniger als Bürgerpflicht sehen:

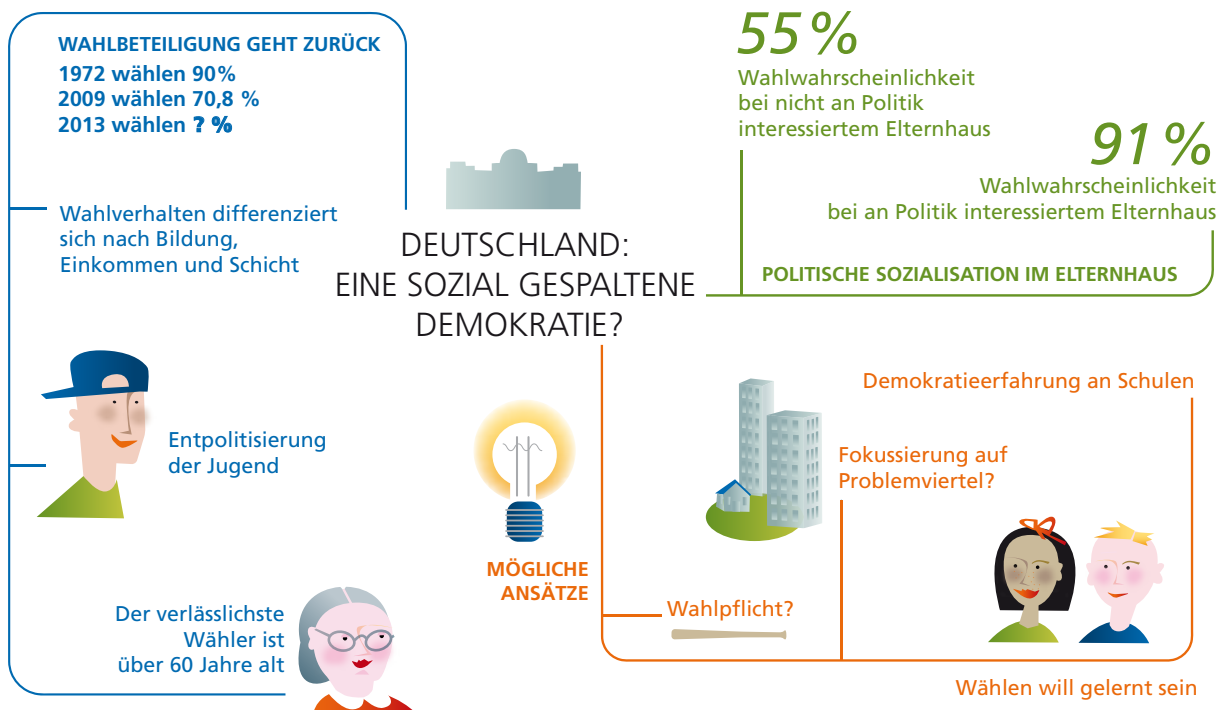
- In der unteren Schicht vermuten nur 37 Prozent, dass die meisten ihrer Freunde wählen, während dies in der oberen Mittel- und Oberschicht 68 Prozent vermuten.
- In der unteren Schicht wurde nur bei 14 Prozent im Elternhaus oft oder sehr oft über Politik gesprochen, während dies in den oberen Schichten mit 29 Prozent mehr als doppelt so häufig der Fall war.
- In der unteren Schicht sehen nur noch gut die Hälfte (55 Prozent) der Menschen Wählen als demokratische Bürgerpflicht, in den oberen Schichten sehen das 82 Prozent so.

Umfeldbedingte soziale und mentalitätsgetriebene Clustereffekte erklären also am besten die zunehmende soziale Selektivität unserer Demokratie. Ein entpolitisiertes Prekariat verabschiedet sich aus der politischen Teilhabe und macht aus der inklusiven, sozialen Demokratie eine zunehmend defekte, weil sozial gesplante „Zwei-Drittel-Demokratie“.

### ... wenn Hänschen nicht wählt ...

Ergänzt wird dieses Bild einer sozial gesplante Demokratie durch einen weiteren, für die Demokratie nicht weniger herausfordernden Befund.

Analysiert man die Veränderungen beim politischen Interesse der Bevölkerung seit Ende der 1960er Jahre, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Die jüngere Generation interessiert sich heute deutlich weniger für Politik als früher. Es zeigt sich über die letzten fünf Jahrzehnte eine zunehmende Entpolitisierung der jüngeren Generation der 16- bis 29-Jährigen. Lag der Index-



wert des politischen Interesses der jungen Generation im Jahr 1969 noch bei 95, ist das politische Interesse der Jüngeren bereits 1983 auf 81 und bis heute auf nur noch 55 gesunken. Zwar nimmt das politische Interesse der Jüngeren im weiteren Verlauf ihres Lebens auch heute zu, jedoch auf deutlich niedrigerem Niveau als bei früheren Generationen.

Das politische Interesse bestimmt wiederum sehr stark die Wahlwahrscheinlichkeit. Nur 36 Prozent der politisch Uninteressierten gehen mit Sicherheit zur Wahl – bei den politisch Interessierten liegt dieser Wert mehr als doppelt so hoch. Das sinkende politische Interesse der jüngeren Generation übersetzt sich so in eine sinkende Wahlbeteiligung.

Die verlässlichsten Wähler sind heute die über 60-Jährigen, während in der Erst- und Neuwählergeneration der unter 30-Jährigen die Wahlwahrscheinlichkeit deutlich sinkt. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 sagen bereits jetzt 64 Prozent der Altersgruppe ab 60 Jahre, sie gehen bestimmt zur Wahl. In der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen sagen dies nur 38 Prozent.

Auch in der jüngeren Generation spielt der Wertewandel für die Erklärung der abnehmenden Wahlbeteiligung eine wichtige Rolle. Das zeigt nicht nur das abnehmende politische Interesse, sondern auch die steigende gesellschaftliche Akzeptanz der Nicht-Wahl gerade unter Jüngeren: 76 Prozent der unter 30-Jährigen sagen, dass – falls sie nicht zur Wahl gingen – ihre Freunde dafür Verständnis hätten oder

es ihnen egal wäre. Von den über 45-Jährigen sagen das nur etwas mehr als die Hälfte. Nicht zu wählen wird also gerade bei den Jüngeren zunehmend gesellschaftsfähig. Die soziale Sanktion im eigenen Umfeld fehlt. Gerade den Erstwählern scheint es zunehmend egal zu sein, ob jemand sein Wahlrecht verschenkt, es ist ganz einfach nicht mehr wichtig.

Auch bei den Jüngeren sollte man die sinkende Wahlbeteiligung also nicht mit Unzufriedenheit, Protest und bewusster Abwendung von der Demokratie gleichsetzen. Schlichte Gleichgültigkeit scheint auch hier der dominantere Erklärungsfaktor zu sein.

Je nach normativem Standpunkt lässt sich diese Entpolitisierung der Jüngeren ganz unterschiedlich bewerten. Alleine aus diesem Generationeneffekt wird sich jedoch eine langfristig weiter sinkende Wahlbeteiligung ergeben. Die stark politisierten Generationen der Nachkriegszeit, allen voran die Generation der „68er“, werden abgelöst von weniger politisierten Generationen. Schon diese kaum noch zu beeinflussende Entwicklung könnte das Niveau der Wahlbeteiligung in den kommenden Jahrzehnten schleichend weiter verringern, ohne daraus eine wachsende Unzufriedenheit mit der Demokratie, ihre geringere Akzeptanz oder gar ein anschwellendes Protestpotenzial ableiten zu können.

Wer daran etwas ändern will, muss die Einkommens- und Bildungsschwachen ebenso (re)aktivieren, wie die jeweils jüngere Generation der Erstwähler. Die eigentliche Herausforderung besteht dabei nicht in der Heilung prinzipieller Verdrossenheit oder einer aggressiven Protesthaltung gegenüber der Demokratie. Die vielleicht schwierigere Herausforderung ist die Aktivierung politisch gleichgültiger Menschen, die Wählen und Engagement für die Demokratie nicht mehr für wichtig halten.

## **Wählen will gelernt sein ...**

Was nun? Wie bekommen wir diejenigen wieder an die Wahlurnen, die dem Wahlakt aus Gleichgültigkeit oder gar Desinteresse fernbleiben? Statt gleich die Keule einer Wahlpflicht zu schwingen, bieten sich zwei – zugegebenermaßen mühsamere – Wege an, eine stärkere Inklusion und politische Teilhabe zu realisieren. Zentral ist dabei für beide Denkrichtungen die Aktivierung und Politisierung insbesondere der sozial Schwächeren sowie der Jüngeren.

Zunächst einmal ließe sich der sehr simple, aber auch sehr eindeutige Zusammenhang zwischen Politikinteresse und Wahlwahrscheinlichkeit ins Konstruktive wenden: Wer sich für Politik interessiert, geht eher wählen. Wer also die Wahlbeteiligung erhöhen und abgehängte Gruppen wieder stärker beteiligen möchte, tut gut daran, genau hier anzusetzen.

## Weiterführende Literatur:

Wolfgang Merkel (2013):  
Zukunft der Demokratie –  
Krise? Krise!, in: Frankfurter  
Allgemeine Zeitung,  
6. Mai, S. 7

Paul Nolte (2012): Was ist  
Demokratie? Geschichte und  
Gegenwart. C.H. Beck

Thomas Petersen,  
Dominik Hierlemann,  
Robert B. Vehrkamp,  
Christopher Wratil (2013):  
Gesplante Demokratie.  
Politische Partizipation und  
Demokratiezufriedenheit vor  
der Bundestagswahl 2013.  
Bertelsmann Stiftung

Armin Schäfer (2011):  
Der Nichtwähler als Durch-  
schnittsbürger: Ist die  
sinkende Wahlbeteiligung  
eine Gefahr für die Demo-  
kratie?, in: Evelyn Bytzek,  
Sigrid Rossteutscher (Hrsg.),  
Der unbekannte Wähler?  
Mythen und Fakten über das  
Wahlverhalten der Deut-  
schen. Campus, S. 133-154

Bürger interessieren sich für Politik, wenn die Politik sich für sie interessiert. Sie wünschen dass ihr konkretes politisches Engagement echten Einfluss hat. Hier hat sich die Republik mit einer Vielzahl neuer Bürgerbeteiligungsformen längst auf den Weg gemacht. Gerade auf kommunaler Ebene gibt es das ernsthafte Bemühen, die Menschen anders als bisher zu beteiligen. Aber auch hier gelingt die Einbeziehung der eigentlichen Problemgruppen nur äußerst selten. In den Kommunen besteht noch ein riesiges Erfahrungsdefizit, wie unpolitische Nichtwähler aktiviert werden können, die sich in den sozialen Brennpunkten und Problemvierteln vieler Großstädte sammeln. Aufsuchende Bürgerbeteiligung ist das große Stichwort und die noch größere Herausforderung. Ein möglicher Ansatz könnte sein, die Anstrengungen zur politischen Aktivierung konkret auf einzelne, benachteiligte Stadtteile zu fokussieren. Gerade den Parteien kommt eine entscheidende Rolle zu, die sich vielfach aus diesen Stadtteilen zurückgezogen haben. Sie bieten ihre Parteiarbeit und Wahlkampfaktivitäten lieber nur dort an, wo sie auf Nachfrage stoßen. Gebraucht wird dagegen eine Gesamtstrategie zur politischen Aktivierung und Integration politisch prekärer Stadtteile. Neuland also!

Ein zweiter Aspekt: Wer in seiner Familie über Politik redet, hat eher Interesse an Politik und geht eher zur Wahl. Was aber, wenn zu Hause am Küchentisch immer weniger über Politik gesprochen wird? Dann muss dies anderswo geschehen. Wie so oft, sind auch hier die Schulen gefragt. Gerade aufgrund der flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen ist für die kommenden Wählergenerationen die Schule der Ort, an dem sie den größten Teil ihrer Zeit verbringen. Statt am Küchentisch muss nun in der Schulmensa über Politik diskutiert werden. Um das zu erreichen, braucht es keine neuen Schulreformen, sondern innovative und konkrete Vorschläge für die praktische Umsetzung. Vorbilder gibt es bereits einige: In Schülerhaushalten ([www.schuelerhaushalt.de](http://www.schuelerhaushalt.de)) können Schüler selbst entscheiden, für was sie einen Teil des städtischen und für die Schulen vorgesehenen Budgets ausgeben. Bei „Jugend debattiert“ ([www.jugend-debattiert.de](http://www.jugend-debattiert.de)) führt ein politischer Schülerwettbewerb Jugendliche abwechslungsreich an Politik heran. Die U18-Wahl ([www.u18.org](http://www.u18.org)) rückt die Bundestagswahlen in den Fokus von Kindern und Jugendlichen. Gerne mehr davon!

### V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl Bertelsmann Straße 256  
D-33311 Gütersloh · [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Prof. Dr. Robert Vehrkamp  
[robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de](mailto:robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de)  
Tel. +49 5241 81 81526

Dr. Dominik Hierlemann  
[dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de)  
Tel. +49 5241 81 81537

### EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Themen und Herausforderungen einer Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der politischen Teilhabe, der Zukunft von Parteien und Parlamenten, der Nachhaltigkeit demokratischer Politik sowie neue Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung. Der EINWURF erscheint unregelmäßig in 6-8 Ausgaben pro Jahr.